

Bericht des Gemeinderats zum

Postulat Fraktion GB/JA!/GPB (Natalie Imboden, GB) vom 28.11.2002: Ein Kunst-Museen-Dach: Institutionelle Zusammenarbeit in der bernischen Museenlandschaft verstärken! (02.000504)

In der Stadtratssitzung vom 16. Oktober 2003 wurde das folgende Postulat Fraktion GB/JA!/GPB erheblich erklärt:

In Bälde soll das Klee-Zentrum seinen Betrieb aufnehmen. Im Rahmen der Diskussionen um die Restrukturierungen und Sparmassnahmen im Kunstmuseum (z.B. Stichwort Reduktion Kino Kunstmuseum) und den seit längerem sichtbaren Verteilungskämpfen um Sponsoring-gelder zwischen dem neuen Klee-Museum und den „alteingesessenen“ Museen, drängt sich eine verstärkte institutionelle Zusammenarbeit unter einem Kunst-Museen-Dach auf. Diese soll eine sinnvolle Zusammenarbeit sichern, die Auftritte und Werbung gegen aussen optimieren und einen einseitigen „Abfluss“ von Ressourcen in Richtung Klee verhindern.

Diese „Dach-Idee“ ist nicht neu. Sie wurde vom Stadtpräsidenten bereits im Rahmen der Klee-Debatte im Jahr 2000 (SR-Debatte, 30.11.2000) vorgebracht. Auch sieht die Stiftungsurkunde der Stiftung Paul Klee-Zentrum eine enge Zusammenarbeit mit dem Kunstmuseum im Zweckartikel vor.

Es zeigt sich heute, dass diese optimierte Zusammenarbeit zwischen dem neuen Klee-Museum, dem Kunstmuseum inklusive geplantem Museum für die Gegenwart, aber auch der Kunsthalle Bern noch nicht geklärt ist. Gemäss Gemeinderat haben Stadt und Kanton eine Arbeitsgruppe zusammengesetzt, welche zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Regionalen Kulturkonferenz RKK und Vertretungen obiger Institutionen verschiedene Modelle für einen institutionalisierten Rahmen erarbeiten, um die betriebliche, organisatorische und künstlerische Zusammenarbeit zu klären. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe waren auf Mitte 2002 erwartet worden.

Die Kulturverträge mit den grossen Institutionen für 2004-2007 sind vom Gemeinderat jüngst verabschiedet worden und werden demnächst dem Parlament, dem städtischem Stimmvolk und den weiteren Gemeinden zur Beschlussfassung unterbreitet. Inwieweit die Ergebnisse der Arbeitsgruppe auch in die neuen Verträge eingeflossen sind, ist heute noch nicht ersichtlich.

Daher wird der Gemeinderat aufgefordert zu prüfen,

1. eine Vorlage für die Schaffung eines Kunst-Museen-Dachs für die institutionelle Zusammenarbeit zu erarbeiten;
2. mit welchen Mitteln er zusammen mit den weiteren (oben erwähnten) Partnerinnen und Partnern eine solche Dach-Idee realisieren kann.

Bern, 28. November 2002

Fraktion GB/JA!/GPB (Natalie Imboden, GB), Martina Dvoracek, Doris Schneider, Daniele Jenni, Erik Mozsa, Simon Röthlisberger, Catherine Weber, Annemarie Sancar-Flückiger

Bericht des Gemeinderats

Ausgangspunkt des Postulats ist das Zentrum Paul Klee (ZPK), das im Juni 2005 den Betrieb aufnehmen wird. Aus Sorge um eine Zersplitterung der Berner Museenlandschaft und vor Verteilkämpfen um öffentliche und private Mittel fordert der Vorstoss den Gemeinderat auf:

- § eine Vorlage zur Schaffung eines Kunst-Museen-Dachs für die institutionelle Zusammenarbeit zwischen dem ZPK, dem Kunstmuseum – einschliesslich der geplanten neuen Abteilung für Gegenwartskunst – und der Kunsthalle zu prüfen;
- § zu prüfen, mit welchen Mitteln und Partnerinnen/Partnern eine solche Dach-Idee realisiert werden kann.

Die Eröffnung des ZPK wird den relativ kleinen Museumsplatz Bern grundlegend verändern. Deswegen müssen insbesondere das Kunstmuseum (KMB) und das ZPK zwingend so zusammenarbeiten und ihre Angebote so aufeinander abstimmen, dass keine Konkurrenzsituation entsteht. Im Frühjahr 2003 haben die Museumskommission KMB und der Stiftungsrat ZPK einen gemeinsamen Ausschuss eingesetzt mit dem Auftrag, den Zusammenschluss beider Institute vorzubereiten. Am 23. Februar 2004 genehmigte der Gemeinsame Ausschuss eine „Vision Kunststadt Bern“ und legte damit fest:

„Profil und Attraktivität der Kunststadt Bern werden ausschlaggebend bestimmt von der vereinten Stiftung Klee-Kunst-Gegenwart (Arbeitstitel). Die Stiftung fördert die Wahrnehmung von bildender Kunst, das Verständnis und die Wertschätzung dafür in einer breiten Öffentlichkeit. Sie

- § ist eines der führenden Kunstmuseen der Schweiz mit internationaler Bedeutung. Sie erhält die Vielfalt und zum Teil weltweite Bedeutung ihrer Bestände, baut sie aus und verstärkt sie;
- § ist weltweit führend in der interdisziplinären Erforschung, Erschliessung und Vermittlung des künstlerischen, pädagogischen und theoretischen Werkes von Paul Klee und seinem Umfeld unter Einschluss des Expressionismus und der Bauhaus-Bewegung;
- § ist der Ort, wo die Kunst der Gegenwart nach ihrer Bedeutung für unsere Zeit befragt, erforscht und zur Entwicklung der Kunst seit den Anfängen in Beziehung gesetzt wird.

An zwei Standorten – im Zentrum der Stadt und an ihrem Rand – bietet die Stiftung ein gesamthaft konzipiertes Programm mit Substanz und Glanz.“

Auf Antrag des Ausschusses haben am 26. Juni 2004 die Museumskommission KMB und auf dem Zirkulationsweg am 16. Juli 2004 der Stiftungsrat ZPK folgende Beschlüsse gefasst:

Die Museumskommission KMB und der Stiftungsrat ZPK stecken als längerfristiges Ziel die Vereinigung der Stiftungen KMB und ZPK im Sinne der Vision Kunststadt Bern. Voraussetzung ist, dass das Projekt Gegenwart wie geplant verwirklicht werden kann. Für die innere Ausgestaltung der Institution sowie die künstlerischen Profile der einzelnen Häuser ist eine überzeugende Lösung zu finden. Dabei soll sicher gestellt werden, dass Mittel, die für die Gegenwartskunst geschenkt werden, nicht dem ZPK zufließen können, und dem ZPK geschenkte Gelder nicht für die Abteilung Gegenwart verwendet werden.

Im Sinne einer ersten Etappe wird bestimmt:

- § KMB und ZPK stimmen ihre Programme aufeinander ab.
- § KMB und ZPK gründen eine gemeinsame Service-Gesellschaft. Die Gesellschaft arbeitet nicht gewinnorientiert. Sie verkauft ihre Leistungen beiden Stiftungen – auch für die geplante Abteilung für Kunst der Gegenwart – zu kostendeckendem Preis. Der Gesellschaft könnten die folgenden Bereiche übertragen werden: EDV, Technik/Werkstätten, Aufsicht,

Museumspädagogik, Shop, Cafeteria/Restaurant, Einkauf von Waren und Dienstleistungen, Liegenschaftsdienst und -verwaltung, Fuhrpark/Logistik, Buchhaltung, Rechnungswesen, Personalwesen, Versicherung.

- § Die Direktoren von KMB und ZPK erarbeiten das Konzept der Service-Gesellschaft und beantragen, in welchen Bereichen diese tätig sein soll. Die Museumskommission KMB und der Stiftungsrat ZPK entscheiden aufgrund des Konzepts über die Gründung der Gesellschaft und den Zeitpunkt, an dem sie ihre Tätigkeit aufnimmt.
- § Auf der operativen Ebene wird ein Führungsgremium bestehend aus Mitgliedern der Leitungen von KMB und ZPK eingesetzt und mit den erforderlichen Kompetenzen ausgestattet. Es stellt die Kooperation sicher und übt insbesondere die Aufsicht über die Service-Gesellschaft aus. Den Vorsitz hat abwechselnd einer der beiden Direktoren inne.
- § Die Museumskommission KMB und der Stiftungsrat ZPK setzen für die Aufsicht über das operative Führungsgremium einen gemeinsamen Ausschuss ein und übertragen ihm die erforderlichen Befugnisse.

Kommt die Abteilung für Kunst der Gegenwart im ehemaligen Progymnasium nicht zustande, streben das KMB und das ZPK trotzdem eine Kooperation an und beurteilen weitergehende Schritte neu.

Die Museumskommission KMB und der Stiftungsrat ZPK nehmen die Beratung über die Ausgestaltung der zweiten Etappe und die weiteren Schritte zu einer Fusion im Jahr 2009 auf.

Mit diesen Beschlüssen wird das Ziel der Fusion bestätigt, aber zeitlich hinausgeschoben. Dies deshalb, um die beiden Häuser bei der Erfüllung ihrer vordringlichen Aufgaben – der termingerechten Eröffnung des ZPK und der Projektierung und Errichtung der Abteilung Gegenwartskunst am KMB – keine zusätzlichen Lasten aufzubürden. Dies aber auch, um dem unterschiedlichen Entwicklungsstand von KMB und ZPK Rechnung zu tragen. Und dies schliesslich im Bestreben, aus dem Betrieb des ZPK (ab Mitte 2005) und der Abteilung Gegenwartskunst (ab 2007) Erfahrungen ziehen zu können für eine künftige gemeinsame Struktur.

Das KMB und das ZPK haben sich zudem in einem zentralen inhaltlichen Punkt gefunden. Aufgrund von Vorarbeiten der Direktoren von KMB und ZPK hat der Gemeinsame Ausschuss am 21. Juni 2004 eine Vereinbarung über die Ausleihe von Werken zwischen dem KMB und dem ZPK bereinigt. Die Vereinbarung wurde am 25. Juni 2004 von der Museumskommission KMB und am 16. Juli 2004 vom Stiftungsrat ZPK genehmigt. Nach einer Phase der Unsicherheit akzeptierte am 8. November 2004 auch die Familie Müller die Vereinbarung. Diese bestimmt zur Hauptsache:

- § Die Werke von Paul Klee, die dem KMB gehören, bleiben in dessen Eigentum und Depot.
- § Für die Präsentation dieser Werke räumt das KMB dem ZPK ein prioritäres Ausleihrecht ein. Umgekehrt gilt das Gleiche zu Gunsten des KMB.
- § Das KMB zeigt Werke von Paul Klee im Kontext seiner Sammlung, verzichtet aber darauf, spezifische Klee-Räume einzurichten.
- § Gewährt eine der beiden Institutionen einem Dritten Leihgaben, kann aber nicht selber von Gegenleistungen profitieren, fällt der Anspruch an die Schwesterinstitution.
- § Ausleihentscheide treffen die Direktoren. Kommt es zu Konflikten über Leihgesuche und beim Rückzug von Leihgaben, entscheidet ein Dreierausschuss unter dem Vorsitz des für Kultur zuständigen Mitglieds des Regierungsrats abschliessend.

Durch die Vereinbarung und deren Anerkennung durch die Familie Müller ist das Verhältnis von ZPK und KMB in Bezug auf die Klee-Bilder im Eigentum des Kunstmuseums geklärt.

Fazit: Aus heutiger Sicht erscheint eine zusätzliche Struktur – ein „Dach“ über dem KMB und dem ZPK – nicht erforderlich, um die Zusammenarbeit zwischen beiden Häusern zu institutionalisieren. Die dargelegten gleich lautenden Beschlüsse der Museumskommission und des Stiftungsrats genügen. Sie zielen längerfristig auf eine Vereinigung beider Stiftungen. Die Massnahmen der ersten Etappe müssen jetzt zügig und systematisch angewandt werden. Dafür gewähren die Stadt und der Kanton Unterstützung durch die Mitarbeit ihrer Kulturabteilungen, aber auch durch die Begleitung und Beaufsichtigung der Arbeit in den strategischen Leitungsgremien.

Bern, 1. Dezember 2004

Der Gemeinderat